SKiD 2024

Sicherheit und Kriminalität in Deutschland

Ausgewählte Ergebnisse für Hessen

Prof. Dr. Kristin Wolf
Professorin für Kriminologie
Leiterin des Instituts für Kriminologie und Präventionsforschung, HöMS

Dilara Sarica
Studentische Mitarbeiterin, Institut für Kriminologie und Präventionsforschung, HöMS

Wiesbaden, April 2026

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit durch die Europäische Union kofinanziert.

SKiD 2024 – Sicherheit und Kriminalität in Deutschland
Ausgewählte Ergebnisse für Hessen

Neben einem Grundumfang von bundesweit etwa 30.000 zu kontaktierenden Zielpersonen (2020: 28.200) konnten die Bundesländer optional die landeseigene Stichprobe aufstocken, um eine größere auswertbare Fallzahl für ihr Land zu generieren. Diese Möglichkeit wurde, wie bereits bei SKiD 2020, auch bei der aktuellen Befragung genutzt und führte erneut zu einer deutlichen Vergrößerung der Gesamtstichprobe. Insgesamt beteiligten sich acht Bundesländer mit Stichprobenaufstockungen (Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen; 2020: waren es lediglich vier Länder). Hinzu kamen weitere 30.000 kontaktierte Personen zur Verbesserung der Stichproben- und Datenqualität. Somit ergab sich insgesamt ein geplanter Bruttoansatz von rund 186.000 zu kontaktierenden Personen (2020: 122.700). Die Feldphase fand im Frühjahr 2024 statt. Davon nahmen insgesamt 63.018 Personen an der Befragung teil (2020: 46.813), was einer geschätzten Rücklaufquote von ca. 33 % entspricht (2020: 38 %). Von den über 63.000 zurückgesendeten Fragebögen sind nach einer Datenbereinigung 60.837 Fragebögen tatsächlich auswertbar. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die in Deutschland lebende Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten.

Für Hessen, welches sich in der ersten Erhebungswelle 2020 nicht an der Stichprobenaufstockung beteiligt hatte (damals n ≈ 680), liegt nun für SKiD 2024 (Welle 2) eine deutlich vergrößerte Stichprobe vor. Die Basisstichprobe für Hessen wurde auf rund 2.000 Personen angehoben, sodass belastbarere Aussagen insbesondere zu häufigeren Delikten sowie zum Sicherheitsgefühl, zur Kriminalitätsfurcht und zur Bewertung der Polizei möglich sind.

Zur Auswertung des hessischen Datensatzes sowie zur wissenschaftlichen Begleitung und Unterstützung im hessischen Prozess wurde die HöMS beauftragt. Das Projekt wird dort von Frau Prof. Dr. Kristin Wolf geleitet und betreut.

Durch die nun deutlich größere hessische Stichprobe (n ≈ 2.300 auswertbare Fälle; 2020: n ≈ 680) konnten erstmals belastbarere Auswertungen zu den zentralen Themenbereichen der Studie vorgenommen werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse für Hessen im Vergleich zu den Bundesdaten dargestellt und, wo möglich, mit den Befunden aus SKiD 2020 für Hessen verglichen.

Zudem ist anzumerken, dass die Befragten in der Welle 2024 nach Opfererlebnissen aus dem Jahr 2023 gefragt wurden. Wodurch sich alle dargestellten Ergebnisse auf das Jahr 2023 beziehen.

Verbreitung von Opferwerdung

Die Fragen zu den Erlebnissen als Opfer von Straftaten bilden einen zentralen Bestandteil der Erhebung. Im Fragebogen wurde nach Opfererfahrungen in den Bereichen Eigentums- und Vermögensdelikte sowie Gewalt- und Sexualdelikte der letzten 12 Monate gefragt.

Wichtig hierbei ist zu wissen, dass das Aufkommen der Erfahrungen im Wesentlichen durch zwei zentrale Kennziffern beschrieben wird – der Prävalenzrate sowie der Inzidenzrate. Die Prävalenzrate beschreibt den prozentualen Anteil der in Deutschland lebenden Personen ab 16 Jahren, die im betrachteten Zeitraum mindestens einmal Opfer einer bestimmten Straftat geworden sind. Die Inzidenzrate gibt die Anzahl an Opfererlebnissen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern innerhalb eines bestimmten Zeitraums an.

Durch die Aufstockung der hessischen Stichprobe (n ≈ 2.300 auswertbare Fälle; 2020: n ≈ 680) können nun für häufigere Delikte (Massendelikte wie Diebstahl, Sachbeschädigung) erstmals belastbarere Aussagen auf Landesebene getroffen werden. Für mittelhäufige und seltene Delikte (z. B. Wohnungseinbruchdiebstahl, Raub, Sexualdelikte) bleiben die Fallzahlen

jedoch weiterhin zu gering für differenzierte Analysen, sodass hier nach wie vor auf die Bundesergebnisse zurückgegriffen werden muss.

Ausgewählte Ergebnisse im Vergleich

Bundesergebnisse	Hessische Ergebnisse
Bundesweit waren 2023 bei den Eigentums- und Vermögensdelikten folgende Prävalenzraten zu verzeichnen: Cyberkriminalität 18,0 %, Diebstahl 12,7 %, Betrug 12,6 %, Sachbeschädigung 10,0 %, Kfz-Beschädigung 9,0 %, Waren-/Dienstleistungsbetrug im Internet 8,7 %, Datenmissbrauch im Internet 8,2 % sowie Wohnungseinbruch 5,0 %. Im Vergleich zu SKiD 2020 zeigten sich signifikante Anstiege insbesondere bei Datenmissbrauch im Internet sowie bei Waren-/Dienstleistungsbetrug im Internet.	In Hessen lagen im Referenzjahr 2023 die Prävalenzraten bei den Eigentums- und Vermögensdelikten (n ≥ 100) auf vergleichbarem Bundesniveau: Cyberkriminalität 19,2 % (Bund: 18,0 %), Betrug 13,0 % (Bund: 12,6 %), Diebstahl 11,8 % (Bund: 12,7 %), Sachbeschädigung 9,5 % (Bund: 10,0 %), Kfz-Beschädigung 9,6 % (Bund: 9,0 %), Datenmissbrauch Internet 9,9 % (Bund: 8,2 %), Wohnungseinbruch 4,8 % (Bund: 5,0 %). Lediglich bei Cyberkriminalität und Betrug liegt Hessen geringfügig über dem Bundesdurchschnitt. Ein Vergleich zu 2020 kann aufgrund der zu geringen Stichprobe in 2020 nicht erfolgen.
Bei den Gewalt- und Sexualdelikten zeigten sich 2023 bundesweit folgende Prävalenzraten: Verbale Gewalt außerhalb des Internets 14,0 % (davon Beleidigung offline 12,9 %, Gewaltandrohung offline 4,9 %), sexuelle Belästigung 7,1 %, verbale Gewalt im Internet 6,1 %, Körperverletzung 2,6 %. Im Vergleich zu SKiD 2020 stiegen insbesondere Körperverletzung (+0,6 Prozentpunkte) sowie Gewaltandrohungen sowohl online als auch offline signifikant an.	In Hessen lagen die Prävalenzraten der Gewalt- und Sexualdelikte 2023 weitgehend im Bundesdurchschnitt: Verbale Gewalt offline 12,7 % (Bund: 14,0 %), sexuelle Belästigung 4,8 % (Bund: 7,1 %), Körperverletzung 2,2 % (Bund: 2,6 %). Für mittelhäufige und seltene Gewaltdelikte (u. a. Raub, Sexualdelikte im engeren Sinne) sind die hessischen Fallzahlen für differenzierte Aussagen zu gering; hier ist auf die Bundesbefunde zu verweisen.
Bundesweit sind bei Gewalt- und Sexualdelikten deutliche Geschlechterunterschiede feststellbar. Männer sind signifikant häufiger von verbaler Gewalt offline (+2,3 Prozentpunkte), verbaler Gewalt online (+2,1 Prozentpunkte) sowie Körperverletzung (+1,1 Prozentpunkte) betroffen. Frauen hingegen erleben sexuelle Belästigung mit rund 11 % nahezu viermal so häufig wie Männer (ca. 3 %). Bei Eigentums- und Vermögensdelikten sind keine signifikanten bundesweiten Geschlechterunterschiede in den Prävalenzraten publiziert. Hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung haben 2024 bundesweit Gewaltandrohungen – sowohl online als auch offline – gegenüber beiden Geschlechtern signifikant zugenommen. Frauen verzeichneten zudem einen signifikanten Anstieg bei Körperverletzung, der vor allem auf	Geschlechtsspezifische Analysen für Hessen (Delikte mit n ≥ 100) zeigen, dass bei der großen Mehrheit der Deliktarten keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen. Signifikante Unterschiede finden sich ausschließlich bei Sexualdelikten gesamt (Frauen 7,9 % vs. Männer 1,4 %; $p < 0{,}001$) sowie bei Gewaltandrohung (Männer 5,6 % vs. Frauen 2,6 %; $p = 0{,}002$).

Körperverletzungen durch eine Person ohne Waffe zurückzuführen ist.	
Anzeigeverhalten	
Bundesweit wiesen 2023 Kfz-Diebstahl (92,8 %) und vollendeter Wohnungseinbruch (87,4 %) die höchsten Anzeigequoten aller Eigentums- und Vermögensdelikte auf. Fahrraddiebstahl (60,2 %) und Taschendiebstahl (50,2 %) wurden etwa zur Hälfte angezeigt, während versuchter Wohnungseinbruch (47,9 %), Kfz-Beschädigung (36,6 %) und sonstige Sachbeschädigung (28,6 %) deutlich geringer angezeigt wurden. Im Betrugsbereich reichten die Quoten von 40 % (Betrug durch falsche Identität) bis unter 20 % bei Cyberkriminalitätsdelikten (Datenmissbrauch 18,7 %, Angriff auf Onlinebanking 19,3 %).	In Hessen lagen die Anzeigequoten bei Eigentums- und Vermögensdelikten 2023 überwiegend auf Bundesniveau oder darüber: Wohnungseinbruch 85,2 % (Bund: 56,7 %; *Zu beachten ist hier jedoch die geringe Fallzahl von n = 27*), Diebstahl 50,0 % (Bund: 49,3 %), Sachbeschädigung 39,0 % (Bund: 34,2 %), Betrug 27,5 % (Bund: 25,0 %), Cyberkriminalität 27,5 % (Bund: 19,7 %). Hessen liegt insbesondere bei Cyberkriminalität deutlich über dem Bundesdurchschnitt, was auf eine höhere Anzeigebereitschaft in diesem Bereich hindeutet.
Bei Gewalt- und Sexualdelikten bundesweit wurden schwere Körperverletzungsformen am häufigsten zur Anzeige gebracht: Körperverletzung durch mehrere Personen mit Waffe 63,2 %, durch eine Person mit Waffe ca. 33 %. Raub wurde in rund 40 % der Fälle angezeigt. Deutlich seltener wurden Körperverletzung ohne Waffe (19,5–24,9 %), Beleidigung offline (4,3 %), Sexualdelikte (6,2 %) sowie alle Formen verbaler und sexueller Belästigung (je ca. 2 %) polizeilich bekannt. Verbale Gewalt im Internet wies mit rund 2 % die niedrigste Anzeigequote aller erhobenen Delikte auf. Hinsichtlich der Anzeigeneigung zeigten sich bundesweit Geschlechterunterschiede: Bei verbaler Gewalt offline neigten Männer (8,6 %) deutlich häufiger zur Anzeige als Frauen (4,8 %). Ähnliches gilt für sexuelle Belästigung, wo Männer mit 8,4 % mehr als dreimal so häufig Anzeige erstatteten wie Frauen (2,4 %).	Hessen lag bei den Anzeigequoten der Gewalt- und Sexualdelikte zum Teil deutlich über dem Bundesniveau: Körperverletzung 38,6 % (Bund: 29,1 %), Sexualdelikte 7,1 % (Bund: 6,2 %). Die geringen absoluten Fallzahlen bei seltenen Gewaltdelikten schränken die Belastbarkeit der hessischen Einzelwerte jedoch ein; bundesweite Richtwerte sind hier ergänzend heranzuziehen.
Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht	
Auch bundesweit fühlen sich Frauen nachts in allen räumlichen Kontexten deutlich unsicherer als Männer (jeweils signifikant). Wohngegend nachts: Frauen 66,1 % vs. Männer 82,7 % eher/sehr sicher. An Bahnhöfen nachts: Frauen 16,0 % vs. Männer 38,5 %. In Parks nachts: Frauen 11,1 % vs. Männer 34,8 %.	Frauen fühlen sich nachts deutlich unsicherer als Männer. Dieser Befund bestätigt sich in SKiD 2024 für Hessen erneut und ist bei allen abgefragten Räumen hochsignifikant (jeweils $p < 0{,}001$). Beispiel Wohngegend nachts: Frauen 69 % vs. Männer 86 % eher/sehr sicher.

Nachts im ÖPNV fühlen sich bundesweit nur 44,8 % der Befragten sicher. Frauen (33,2 %), Männer (57,2 %). Im Vergleich zu 2020 ist das Sicherheitsgefühl im ÖPNV nachts leicht zurückgegangen, der Unterschied ist jedoch statistisch nicht signifikant.	Nachts im ÖPNV fühlen sich nur 41 % der Befragten sicher (2020: 43 %). Frauen (29 %) (2020: 31 %), Männer (55 %) (2020: 57 %). Trotz der größeren Stichprobe zeigt sich ein leichter Rückgang des Sicherheitsgefühls im ÖPNV nachts. Der Geschlechterunterschied bleibt jedoch hochsignifikant ($p < 0{,}001$).
Bundesweit bestehen nachts besonders ausgeprägte Unsicherheitsgefühle an Bahnhöfen: Nur 27,0 % der Befragten fühlen sich dort eher/sehr sicher. Nachts in Parks/Parkanlagen nur 22,8 % sicher. Auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen nachts: 40,1 %. Tagsüber sind die Werte deutlich höher: Wohngegend 97,4 %, öff. Straßen/Plätze 88,7 %, ÖPNV 86,8 %, Parks 77,7 %, Bahnhöfe 70,9 %. Keine signifikanten Veränderungen am Tag gegenüber 2020.	Besonders ausgeprägte Unsicherheitsgefühle bestehen nachts an Bahnhöfen: Nur 24 % der Befragten fühlen sich dort eher/sehr sicher. Bei Frauen sind es lediglich 13 %, bei Männern 37 % ($p < 0{,}001$). Auch nachts in Parks fühlen sich nur 21 % sicher (Frauen: 10 %, Männer: 34 %; $p < 0{,}001$). Tagsüber sind die Werte deutlich höher: Wohngegend 97 % sicher, ÖPNV 86 %, Bahnhöfe 69 %, Parks 77 %.
Bundesweit wurden im vorliegenden Ergebnisbericht keine vergleichbaren differenzierten Auswertungen zur deliktspezifischen Kriminalitätsfurcht nach Migrationshintergrund veröffentlicht. Die Darstellung beschränkt sich auf Auswertungen nach Geschlecht und Alter. Detailliertere Analysen nach Migrationshintergrund sind für spätere Publikationen vorgesehen.	Personen mit Migrationshintergrund sind stärker besorgt, Opfer von Kriminalität zu werden, als Personen ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede sind bei mehreren Deliktbereichen signifikant (z. B. Sorge vor Diebstahl: MGH 34 % vs. kein MGH 24 % ziemlich/sehr stark beunruhigt, $p < 0{,}001$; Sorge vor Körperverletzung: MGH 35 % vs. kein MGH 24 %, $p < 0{,}001$). (*2020: Aufschlüsselung wegen zu geringer Fallzahlen nicht möglich, bspw. nur 7 Personen mit türkischem und 12 Personen mit polnischem MGH in der Stichprobe.*)
17,2 % der Bevölkerung sind beunruhigt, Opfer von Vorurteilskriminalität zu werden. 11,9 % der Bevölkerung erlebten mindestens eine vorurteilsgeleitete Gewalttat. Differenzierte bundesweite Auswertungen zur Kriminalitätsfurcht nach Migrationshintergrund sind bislang nicht veröffentlicht.	Die Sorge vor Vorurteilskriminalität ist bei Personen mit Migrationshintergrund signifikant stärker verbreitet als bei Personen ohne MGH: 35 % vs. 11 % ziemlich/sehr stark beunruhigt ($p < 0{,}001$). In SKiD 2020 konnte dieser Befund für Hessen aufgrund der zu kleinen Stichprobe nicht bestätigt werden.
52,0 % der Bevölkerung sind beunruhigt, Opfer von Betrug im Internet zu werden (2020: ca. 42 %; +10 Prozentpunkte). Damit ist dies auch auf Bundesebene die mit Abstand größte deliktspezifische Sorge. Der Anstieg gegenüber SKiD 2020 ist signifikant.	56 % der Bevölkerung sind beunruhigt, Opfer von Betrug im Internet zu werden (2020: 46 %). Damit bleibt dies auch in Hessen die größte deliktspezifische Sorge, hat aber gegenüber der ersten Welle deutlich zugenommen (+10 Prozentpunkte).
40,9 % der Befragten halten es für wahrscheinlich, in den nächsten 12 Monaten Opfer von Betrug im Internet zu werden (2020: 34,2 %; +6,7 Prozentpunkte). Die	Auch in Hessen wird das Risiko, Opfer von Betrug im Internet zu werden, am weitaus höchsten eingeschätzt. 45 % der Befragten halten es für wahrscheinlich, in den nächsten

Risikoeinschätzung für Betrug im Internet ist auch bundesweit die höchste aller abgefragten Delikte.	12 Monaten Opfer von Betrug im Internet zu werden (2020: 37 %; +8 Prozentpunkte).
Im bundesweiten Ergebnisbericht wurden keine vergleichbaren Auswertungen zum Zusammenhang zwischen politischer Selbstverortung und Sicherheitsgefühl veröffentlicht. Die Bundesdarstellung konzentriert sich auf die Merkmale Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund.	Neu: Der Zusammenhang zwischen politischer Selbstverortung und Sicherheitsgefühl wurde erstmals für Hessen ausgewertet. Personen, die sich politisch in der Mitte verorten (Wert 5 auf einer Skala von 0–10), berichten signifikant häufiger von Unsicherheitsgefühlen und deliktspezifischen Sorgen als Personen an den politischen Rändern ($p < 0{,}001$ bei mehreren Indikatoren).
Bundesweit fürchtet sich insbesondere die Altersgruppe der 16–17-Jährigen: Die Prävalenzrate für zahlreiche Gewaltdelikte hat bei Jugendlichen besonders stark zugenommen. Fast jede vierte Person (24,0 %) fürchtet sich bundesweit vor sexueller Belästigung, wobei vor allem Frauen (34,9 %) betroffen sind (Männer: 12,6 %). Detaillierte altersgruppenbezogene Auswertungen zur Kriminalitätsfurcht sind im Bundesbericht nicht tabellarisch dargestellt.	Das Sicherheitsgefühl variiert signifikant nach Alter: Jüngere (16–24 J.) und ältere Befragte (75+ J.) fühlen sich nachts unsicherer als Personen mittleren Alters. Besonders auffällig: Bei den 16–17-Jährigen fühlen sich 63 % nachts an Bahnhöfen sehr unsicher. Die Sorge vor sexueller Belästigung ist bei jüngeren Altersgruppen am stärksten (16–17 J.: 28 % sehr stark beunruhigt vs. 75–84 J.: 9 %).
Schutz- und Vermeidungsverhalten	
Meidung bestimmter Straßen, Plätze oder Parks 30,3 % (häufig/sehr oft) (2020: 43,6 %; −13,3 Prozentpunkte). Meidung ÖPNV nachts: 35,1 %. Der starke Rückgang der Ortsmeidung wird wesentlich auf das Ende der COVID-19-bedingten Einschränkungen zurückgeführt. Frauen meiden deutlich häufiger als Männer bestimmte Orte und den ÖPNV bei Nacht.	Zum Schutz vor Kriminalität meiden 32 % der Befragten bestimmte Orte (32 % häufig/sehr oft) (2020: 44 %) und verzichten 37 % auf die Nutzung des ÖPNV nachts (37 %) (2020: 38 %). Dies gilt in besonderem Maße für Frauen (40 % bzw. 54 %) (2020: 60 % bzw. 54 %). Die Ortsmeidung ist gegenüber 2020 deutlich rückläufig (−12 Prozentpunkte), was u. a. mit dem Ende der COVID-19-bedingten Einschränkungen zusammenhängen könnte.
41,7 % der Befragten weichen nachts Fremden häufig/sehr oft aus. 25,6 % verlassen nachts das Haus nur in Begleitung (signifikanter Anstieg um 1,7 Prozentpunkte gegenüber 2020). 28,6 % verlassen nachts nicht das Haus. Frauen zeigen bei allen Schutz- und Vermeidungsverhaltensweisen deutlich höhere Werte als Männer.	43 % der Befragten weichen nachts Fremden häufig/sehr oft aus (Frauen: 57 %, Männer: 27 %; $p < 0{,}001$). 25 % verlassen nachts nur in Begleitung das Haus (Frauen: 39 %, Männer: 10 %; $p < 0{,}001$).
Mitführen von Waffen/Gegenständen bleibt selten. 3,3 % tragen häufig/sehr oft Reizgas, 1,4 % ein Messer, 1,2 % andere Waffen/Gegenstände zur Selbstverteidigung. 3,6 % betreiben	Das Mitführen von Waffen zum Schutz vor Kriminalität bleibt selten: 1,3 % tragen häufig/sehr oft ein Messer bei sich (Männer: ca. 1,4 %, Frauen: ca. 1,3 %), 3,5 % Reizgas. Der Geschlechterunterschied beim Messer

Selbstverteidigungstraining. 15,1 % tragen etwas bei sich, um auf sich aufmerksam zu machen.	ist statistisch signifikant ($p < 0{,}001$) und zeigt sich insbesondere in der gelegentlichen Nutzung (Männer tragen häufiger selten/manchmal ein Messer; Frauen: 3,1 %, Männer: 5,1 %). (*2020: Fallzahlen zu gering für belastbare Aussagen; damals 4 Personen trugen sehr oft Messer bei sich, 24 Personen häufig bis sehr oft Reizgas*.)
17,4 % der Bevölkerung meiden die Abwicklung von Geldgeschäften im Internet (häufig/sehr oft). Im Vergleich zu 2020 hat sich der Anteil kaum verändert.	18 % der befragten Hessen meiden die Abwicklung von Geldgeschäften im Internet (häufig/sehr oft) (2020: 25 %; −7 Prozentpunkte). Der Rückgang könnte auf die zunehmende Normalisierung digitaler Finanzdienstleistungen zurückzuführen sein.
Bewertung der Polizei	
Bundesweit wird die Polizei überwiegend positiv bewertet. Prozessuale Fairness: 90,6 % stimmen zu, dass die Polizei Menschen mit Respekt behandelt; 87,3 % sehen Gewaltanwendung als gerechtfertigt; 81,1 % halten die Entscheidungen für fair und unparteiisch. Distributive Fairness: ca. 80 % sehen Gleichbehandlung unabhängig von Einkommen, über 70 % keine Beeinflussung durch Vorurteile. Leichte Abnahme gegenüber 2020, die aber eher als Normalisierung der in der Corona-Pandemie besonders hohen Zustimmungswerte interpretiert wird.	Die hessische Polizei wird auch in SKiD 2024 überwiegend positiv bewertet. Im Bereich prozessualer Fairness stimmen 91,1 % der Befragten zu, dass die Polizei Menschen mit Respekt behandelt; 88,2 % sehen Gewaltanwendung als gerechtfertigt; 81,5 % halten Polizei-Entscheidungen für fair. Im Bereich distributiver Fairness meinen 78,9 %, dass Arme und Reiche gleich behandelt werden; 72,1 % sehen die Polizei als nicht von Vorurteilen geleitet; 72,0 % stimmen einer Gleichbehandlung von Deutschen und Ausländer:innen zu. (2020: „*Auch hessische Polizei überwiegend positiv bewertet. Verbesserungspotential besteht auch hier bei Präventionsarbeit. Wahrgenommene Vorurteilsfreiheit (Index distributive Fairness) gleicht den Bundesergebnissen.*“ Quelle: Kurzbericht aus SKiD 2020, erstellt durch Wolf/Filpi)
81,6 % der Bevölkerung finden die Polizei überlastet (gegenüber 2020 signifikant um fast 5 % gestiegen). 80,8 % sind der Meinung, die Polizei sollte mehr Präsenz im öffentlichen Raum zeigen (z. B. auf der Straße, im Park, in der Innenstadt).	Auch in Hessen wird die Polizei mehrheitlich als überlastet wahrgenommen: 84,9 % der Befragten stimmen der Aussage eher oder völlig zu, dass die Polizei überlastet ist (2020: 81 %). Der Anstieg gegenüber 2020 ist moderat (+4 Prozentpunkte). Gleichzeitig wünschen sich 82,5 % der Hessinnen und Hessen, dass die Polizei häufiger im öffentlichen Raum präsent sein sollte. Damit liegt Hessen nahe am Bundesdurchschnitt (80,8 %) und bestätigt den bundesweiten Befund einer gewünschten Ausweitung der Polizeipräsenz.
Über 90 % der Bevölkerung finden, dass sich die Polizei professionell und bürgerfreundlich verhält. Lediglich 12,4 % empfinden die Polizei als rücksichtslos. Ein Viertel (25 %)	Auch das Verhalten einzelner Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wird in Hessen überwiegend positiv eingeschätzt. 91,1 % der Befragten halten die

stimmt der Aussage zu, dass die Polizei zu wenig Mitgefühl hat. Ein Vergleich zu 2020 ist aufgrund geänderter Frageformulierung nicht möglich.	Polizist:innen für professionell (Bund: > 90 %), 89,5 % als bürgerfreundlich. Lediglich 10,9 % empfinden die Polizist:innen als rücksichtslos (Bund: 12,4 %). Dass den Polizist:innen Mitgefühl fehlt, meinen 26,9 % der Befragten (Bund: 25,0 %). Der Vergleich mit SKiD 2020 ist für diese Items aufgrund einer geänderten Frageformulierung nicht möglich.
Die Effektivität der Polizeiarbeit wird positiv bewertet: Über 80 % stimmen zu, dass die Polizei gut in der Verbrechensbekämpfung ist und dann präsent ist, wenn man sie braucht. Zwei Drittel finden, die Polizei verhindert erfolgreich Straftaten. Ein leichter Rückgang gegenüber 2020 wird als Normalisierung nach pandemiebedingt erhöhten Zustimmungswerten interpretiert.	Die Effektivität der Polizeiarbeit wird auch in Hessen positiv eingeschätzt: 83,3 % stimmen zu, dass die Polizei gut in der Verbrechensbekämpfung ist; 81,5 % sehen die Polizei als präsent, wenn man sie braucht; 65,3 % meinen, dass sie Straftaten erfolgreich verhindert. Von den 27,1 % der Befragten, die im vergangenen Jahr Kontakt mit der Polizei hatten, äußerten sich 82,2 % zufrieden oder sehr zufrieden (2020: 83 %). Die Beamtinnen und Beamten wurden beim letzten Kontakt von 88,6 % als fachlich kompetent, von 85,0 % als hilfsbereit und von 92,9 % als verständlich wahrgenommen. Lediglich 5,7 % berichteten von einer ungerechten Behandlung.